

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Drohende Gefahren.

Dem Monat Juli dieses Jahres haben große Kreise unserer Bevölkerung mit Bangen entgegengesehen. Man befürchtete, daß uns am Ende das Brot ausgehen könnte, noch ehe wir Mehl aus der neuen Ernte hätten. Diese Befürchtung schien nicht ganz grundlos zu sein. Mühte doch im Frühjahr dieses Jahres festgestellt werden, daß nach den neuesten Erhebungen ganz bedeutend weniger Getreide vorhanden war, als nach der vorhergehenden Bestandsaufnahme hätte vorhanden sein müssen. Und doch damals von Millionen von Jentnern, die in der Zwischenzeit abhanden gekommen sein sollten, ohne daß jemand mit Bestimmtheit sagen konnte, wohin. Wenn es mit der Brotgetreidewirtschaft so weiter ging, dann war allerdings zu befürchten, daß die Bevölkerung in den letzten Monaten oder Wochen des Erntejahres, trotz erheblicher Herabsetzung der Brotation kein Brot mehr bekommen könnte.

Angewiesen hat sich glücklicherweise herausgestellt, daß diese Befürchtung unbegründet war. Mit dem Brot scheinen wir, dank der Herabsetzung der Brotation und dem energischen Eingreifen der Behörden in die Mäherzeugung, bis zur neuen Ernte auszureichen. In verschiedenen Bundesstaaten hat ja die Ernte bereits begonnen. Die festgestellten Frühsernten dürften dazu beitragen, daß das nötige Brot rasch geliefert und gemahlen wird, so daß sich die Bevölkerung in dieser Hinsicht beruhigen kann. Da die jetzige Brotmenge wohl für niemand ausreicht, so wird allerorts geofft, daß nach der neuen Ernte die Brotation dauernd erhöht werden kann. Wenn von vornherein mit fester Hand zugegriffen und alles für die menschliche Ernährung brauchbare Getreide auch für die Ernährung sichergestellt wird, dann sollte das trotz der wenig günstigen Ernte und trotz des fast völligen Ausbleibens der Einfuhr auch möglich sein. Wir haben den dringenden Wunsch, daß der Bevölkerung bei Wegfall der höchsten Preisgrenze außer einer größeren Brotation auch größere Mengen Mühlenfabrikate geliefert werden. Was es davon im letzten Jahre gegeben hat, war ganz entsetzlich zu wenig, wenn auch nach dem Verbot der schwindelhaften Pudding- und sonstigen Nahrungsmittelherstellung eine kleine Besserung eingetreten ist. Es muß mindestens dafür gefordert werden, daß sich die Bevölkerung jeden Morgen eine nahrhafte Morgenstuppe leisten kann, weil ja wieder der ausgegebene Kaffee(erst) noch das ausgegebene Brot den Genuß dieser Nahrungsmittel zum ersten Frühstück gestalten. Es sollten aber auch zur Herstellung von Mittagsessen größere Mengen Mühlenfabrikate geliefert werden. Die Getreidemengen, die im letzten Wirtschaftsjahr für diese Zwecke bereitgestellt wurden, reichten dazu nicht im entferntesten aus. Was man in diesem Jahre von vornherein mit äußerster Strenge darauf sehen, daß feinerlei für die menschliche Ernährung brauchbare Vorräte veräußert oder zur Alkoholfabrikation verwendet wird!

Geradezu lässlich war im letzten Wirtschaftsjahr unsere Kartoffelversorgung. Bei Beginn der Ernte wurden die Kartoffeln mangels einer ausreichenden Regelung sinnlos verschwendet. Infolge der viel zu hohen Preise wurden im Juli und August große Mengen halbreife Kartoffeln ausgegeben und auf den Markt geworfen, so daß die Behörden die Bevölkerung zum raschen Verzehr dieser Frucht auffordern mußten, um nicht große Mengen verderben zu lassen. Trotzdem sich bald herausstellte, daß es nur ungenügend half so viel Kartoffeln auf den Markt zu werfen, geschah doch nichts, um wenigstens von diesen Kartoffeln genügend für die menschliche Ernährung zu sichern. Infolgedessen in einer Zeit, wo so viele wichtige Betriebe stillgelegt werden mußten, von Anfang an auch die Brennereien für Kraftkohlenbrennen stillzulegen und die Kartoffeln für die menschliche Ernährung zu sparen, wurden laufig Kartoffeln weiter zu Spiritus veratmet. Ein Verfüttungsverbot wurde zwar erlassen, aber offenbar von gabelstrichen Randweizen nur wenig beachtet. Infolge ungezügelter Auf-

bewahrung in den Städten, infolge Transportes während harter Kälte usw. gingen weitere Kartoffeln verloren, so daß es nicht einmal möglich war, die fünf Millionen Tonnen Kartoffeln zu retten, die die städtische Bevölkerung hätte haben müssen, wenn man ihr täglich ein Pfund dieses wichtigen Nahrungsmittels hätte zukommen lassen. Schon im Winter mußten die Nationen wiederholt herabgesetzt werden, zuerst auf drei Viertel, später auf ein Viertel pfund den Tag. Und bald konnte nicht einmal diese Menge mehr geliefert werden. Der größte Teil unserer Stadtbevölkerung hat seit vielen Wochen überhaupt keine Kartoffeln mehr gesehen. Dabei wurden im letzten Jahre immerhin noch rund 21 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet, gegen allerdings 45 Millionen Tonnen in Friedenszeiten und 50 Millionen Tonnen im Jahre 1916.

Scharf zu kritisieren ist das Verhalten unserer Behörden in der Marmeladenversorgung. Im Herbst letzten Jahres wurde das Obst beschlagnahmt mit der Begründung, es müßte für Meer und Volk ausreichende Mengen Wrotaustrich hergestellt werden. Im Winter und Frühjahr waren dann trotz dieses Versprechens wochen- und monatelang fast keinerlei Aufstrichmittel zu haben. Schließlich stellte sich heraus, daß die vorhandenen Marmeladenfrüchte mit Mohrrüben und Stachelrüben zu jenem Kriegsmus vermanipuliert worden waren, das wegen seines schlechten Geschmades von vielen Leuten nicht gegessen werden konnte. Aber selbst dieses Mus, das im Winter von der ärmeren Bevölkerung aus Mangel an anderen Wrotaustrichmitteln gekauft worden wäre, wurde zurückgehalten, bis es im Frühjahr immer Mäharber, Stachelbeeren und andere frische Wrotaustrich- und Marmeladenfrüchte zu kaufen gab. Heute, wo dieses Kriegsmus nur wenige noch essen mögen, wird es in unbeschränkter Menge festgehalten.

Das Vergehen der behördlichen Organisation der Kartoffelversorgung, in Verbindung mit dem Vergehen der Behörden auf andere Gebieten der Lebensmittelversorgung, hat das Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden in außerordentlich hohem Maße erschüttert. Das hatte für unsere Ernährungswirtschaft sehr bedauerliche Folgen. In immer größeren Kreisen setzte sich das Gefühl fest, daß das Recht es nicht vermöge, die vorhandenen Lebensmittelvorräte auch nur annähernd vollständig zu erfassen und gerecht zu verteilen. Aus diesem Gefühl heraus setzte allmählich die Selbsthilfe in immer größerem Umfang ein. Heute sucht wohl jeder, der es ohne allzu große Gefahr vor Strafe kann, entgegen den bestehenden Gesetzen auf illegale Nahrungsmittel zu bekommen. Hunger tut weh, und die Leute merken: wer gesetzlich Weist, der hat den Schaden, die andern aber lassen sich ins Fäulnis.

Dieser lässliche Verlauf und die schlimmen Folgen unserer unzulänglichen Nahrungsmittelversorgung werden hoffentlich dazu führen, daß im neuen Erntejahr von vornherein wenigstens eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln gesichert wird. Was beim Wrotaustrich so halbwegs möglich war und hoffentlich im neuen Erntejahr ganz möglich sein wird, das sollte auch bei der Kartoffel möglich sein. Zur Erreichung dieses Zweckes halten wir es für notwendig, daß schon bei der Ernte das Erntergebnis mit möglichstster Sicherheit festgestellt wird. Statistische Erhebungen genügen zu diesem Zweck nicht; diese müssen vielmehr ergänzt werden durch eine scharfe Kontrolle des Erntertrages bei allen Kartoffelgroßproduzenten, das heißt bei allen, die über den eigenen Bedarf hinaus Kartoffeln bauen. Nur so wird man zu einem halbwegs zuverlässigen Ergebnis kommen und verhindern, daß wieder, wie im letzten Jahre, ungeheure Kartoffelmengen verschwiegen und im Frühjahr zu Wucherpreisen auf den Markt gebracht werden. Auf Grund der gewonnenen Ergebnisse, unter Abzug geeigneter Mengen von Saatkartoffeln — das Saatkartoffelend von diesem Frühjahr darf sich nicht wiederholen —, des voraussichtlichen Schwundes und der Verderben wäre dann die Nationierung vorzunehmen. Wir hoffen, daß die auf den Stoff entfallende Kartoffelmengen dann erheblich größer sein

kann, als sie heute in Aussicht genommen ist. Rechtzeitige Lieferung der Kartoffeln in die Städte, Sorge um ihre gute Lagerung, wiederholte behördliche Kontrolle der Kartoffellager sind weiter erforderlich.

Wird nicht in dieser Weise mit ganz energischer Hand durchgegriffen und jedem eine ausreichende Menge Kartoffeln sichergestellt, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich das schon so stark erschütterte Vertrauen des Volkes zu den Ernährungsbehörden vollends in offenes Mißtrauen verwandelt und die heute schon in großem Umfang bestehende Selbsthilfe entgegen den gesetzlichen Bestimmungen weitere Fortschritte macht.

In dieser Hinsicht bestanden in den letzten Wochen gerade bei der Kartoffelversorgung außerordentlich schlimme Zustände. Die alten Kartoffeln sind längst zu Ende gegangen, neue waren in den Städten nicht zu haben, oder, soweit solche in geringen Mengen zur Verteilung gelangten, hatten nur die Schwerarbeiter Anspruch darauf. Die andern Leute haben aber auch Hunger. Das, was es an andern Lebensmitteln und als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln gibt, reicht nun einmal für die meisten Menschen zur Stillung ihres Hungers nicht aus. So strömten in den letzten Wochen aus den Großstädten Laufende Männer, Frauen und Kinder aufs umliegende Land hinaus, um auf verbotenen Wegen einige Maßgärten Kartoffeln zu erschleichen. Dabei wurden für das Pfund Kartoffeln wohl nirgends unter 20 und 30 Pf gezahlt, während der Erzeugerhöchstpreis nur 10 Pf und der Kleinhandelshöchstpreis in der Stadt nur 15 Pf ist. Dazu kamen sich die Leute häufig noch an, die Kartoffeln selbst zu wabden. Das unter solchen Umständen auf den städtischen Märkten keine Kartoffeln zu haben sind, ist ganz natürlich.

Indessen sind diese Vorkommnisse angehtlich der herrschenden Ernährungsverhältnisse ganz natürlich. Schuld daran sind jene Behörden, deren Aufgabe es gewesen wäre, die gesamten vorhandenen Nahrungsmittelvorräte zu erfassen und gerecht zu verteilen, und denen diese Aufgabe nicht gelungen ist. Man kann gerade in diesem Falle den Bauern, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen einige Pfund Kartoffeln herausgeben, nicht einmal große Vorwürfe machen. Sie werden von armen Frauen und Kindern zur Herausgabe von Kartoffeln förmlich gedrängt und mühten ein Herz von Stein haben und gegen gute Verdienste ganz unempfindlich sein, wenn sie diesen, häufig mit Tränen unterfüllten Bitten und Geldangeboten widerstehen könnten. Und die armen Frauen und Kinder? Wer möchte einen Stein auf sie werfen, wenn sie ihren Hunger durch doppelt und dreifach bezahlte Kartoffeln zu stillen suchen? Ein solches Recht hätte nur, wer selbst den Weisse erkringt, daß er mit dem ihm von den Behörden zugeteilten Nationen zu leben vermag. Jedenfalls handeln diese Frauen und Kinder immer noch anfänglicher, als wenn sie sich dem mit erschreckender Schnelligkeit sich vergrößernden Meer der Dürbe anschließen, die sich ihre Kartoffeln und andere Nahrungsmittel ohne Bezahlung vom Heide holen!

Mit dem Gemüße und dem Obst ist es nicht viel besser als mit den Kartoffeln bestellt. Monatelang hat die Bevölkerung mit Sehnsucht darauf gewartet, aber bis jetzt über die Zufuhr aus die städtischen Märkte hinter allen Erwartungen zurück, trotzdem doppelt so viel Gemüse angebaut worden sein soll wie im vorigen Jahre. In der Hauptsache ist daran die große Trockenheit der letzten Monate schuld. Doch spielt auch hier der Handel auf Umwegen, der ja beim Gemüse und Obst bis in die letzte Zeit nicht direkt verboten war, eine bedeutende Rolle. Viele Leute, die auf dem Lande Verbindungen haben oder sich solche zu verschaffen wußten, bezogen ihren Bedarf entweder persönlich oder durch die Vermittlung eines Händlers direkt vom Erzeuger. Sie zahlten den Erzeugern die städtischen Kleinhandelspreise, holten die Waren selber von Hand ab und waren nicht selten auch noch beim Ernte besitzlich. Das trägt natürlich nicht dazu bei, die Zufuhr auf die städtischen Märkte zu heben. In der letzten Zeit ist



war dagegen ernstlich eingeschritten worden; aber wer Geld hat, kann auch die schärfsten Strafbestimmungen zur Not noch umgehen. Man kann zum Beispiel der Form nach ein Stück Land oder einen Obstgarten „pachten“ und dann als glücklicher Eigentümer ungestört die Früchte in Sicherheit bringen. Auch diese Dinge hätten nicht einen so großen und gefährlichen Umfang annehmen können, wenn sich unsere Behörden das Vertrauen der Bevölkerung erhalten, wenn sie von vornherein die Kraft und den festen Willen besessen hätten, die vorhandenen Nahrungsmittel reiflos zu erfassen und an die ganze Bevölkerung gerecht zu verteilen. Es wird höchste Zeit, daß sie sich dieses Vertrauen zurückerobern, sonst ist nicht abzusehen, wohin die Dinge im nächsten Winter und Frühjahr noch treiben mögen.

Zu der Gefahr des ungenügend gegerollten Ernährungswesens gestellt sich auch noch die Gefahr der ungerollten Kohlenversorgung. Was die Bevölkerung in dieser Beziehung im letzten Winter ertragen hat, war wohl der Gipfel dessen, was sie noch ertragen konnte. Wer da gesehen hat, wie arme, oft kranke Frauen und Kinder diese Stunden lang in grimmigster Kälte sitzen mußten, um einen viertel oder einen halben Zentner Kohlen zu erhalten, der hat sich wohl damals schon darüber gewundert, daß das alles noch verhältnismäßig gut abging. Man sollte es in diesem Winter auf einen solchen Versuch nicht mehr ankommen lassen, sondern die ernste, aber angelegentlich der Schwere der Lage unserer Behörden dringend notwendige Warnung bezuziehen, die die Generalkommission der Wirtschaften Deutschlands in der an anderer Stelle dieser Nummer abgedruckten Eingabe an den Reichstag des Innern gerichtet hat. Diese Warnung an die Behörden erscheint uns heute geradezu als vaterländische Pflicht; denn die Forderung der Bevölkerung hat einen Grad erreicht, der schließlich ohne Gefahr für unser Land nicht mehr gut übergriffen werden kann.

Die Eingabe der Generalkommission in der Kohlenfrage.

Die Generalkommission hat unter dem 6. Juli an den Staatssekretär im Reichstag des Innern, Dr. Selffersich, folgende Eingabe gerichtet:

Die Untergeordnete erlaubt sich, Euer Ergehnens darauf aufmerksam zu machen, daß in der Kohlenversorgung, wenn nicht bald Eingriffe unternommen werden, um eine möglichst gleichmäßige Einschränkung des Verbrauchs und gleichmäßige Versorgung, besonders für Hausbrandholz, herbeizuführen, die Schwierigkeiten von Tag zu Tag sich steigern und wie zum Winter in ganz unerträgliche Zustände kommen.

Seit Monaten steht fest, daß der volle Bedarf des Kohlenverbrauchs nicht gedeckt werden kann. Auch die zur Steigerung der Produktion getroffenen Maßnahmen, die Verteilung von mehr Arbeitskräften, wird das Hebel nur mildern, nicht vollständig beseitigen können. Die Verteilung ist in großer Sorge, wie sie ihren Bedarf an Hausbrandholz bedenken kann, und noch viel größer ist die Erbitterung und Unzufriedenheit darüber, daß eine gleichmäßige Einschränkung des Bedarfs bisher nicht herbeigeführt ist. Wir haben gegenwärtig den Zustand, daß der Kohlenhandel diejenigen Leute, die große Bestellungen machen können, voll befriedigt, die großen Familien, die 10 000 und mehr Personen versorgen, bekommen, sind aller Sorge entbunden, während der große Teil der Bevölkerung, der nicht die Mittel hat, große Einkäufe zu machen, eine

Belieferung nicht erlangen kann. Dazu kommt, daß für den Winter der Bedarf für eine große Anzahl von Haushaltungen gedeckt werden soll, die keine Lagerräume haben und sich nur für den Zeitraum von Tagen oder Wochen eindecken können. Schon in einer Eingabe vom 19. Mai dieses Jahres hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, dem alle Gewerkschaftsgruppen angeschlossen sind und auch ein Teil der Angestelltenverbände, das bringen die Erzeugnisse an Euer Ergehnens gerichtet, dafür zu sorgen, daß eine gleichmäßige Verteilung aller erfolgt, die Kohlen lagern können. Man fragt sich vergeblich, weshalb eine so einfache Maßnahme nicht längst angeordnet werden konnte, weshalb nicht von vornherein die Rationierung durch die Ausgabe von Kohlenkarten festgelegt wird. Die Maßnahmen, die gegenwärtig getroffen werden, sind die mildernde Mittel der Verteilung der Kohlen, daß von der Reichsregierung und auch von den Staatsbehörden erst dann zur Rationierung gezwungen wird, wenn die besser beschafften Schichten der Bevölkerung ihren Bedarf gedeckt haben. Das Innerste in der Kriegswirtschaft, was immer wieder fast ausnahmslos bei allen Vorkäufen zu beachten ist, daß man auf die Wünsche und Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung nicht Rücksicht nimmt, tritt hier wieder recht kraß in die Erscheinung. Obwohl seit Monaten aus der Bevölkerung heraus der Wunsch geäußert ist, Einrichtungen zu treffen, die jedem eine Erparnis seines Bedarfs aufweist, geschieht nichts. Wir haben wieder mit der Aufgabe zu rechnen, daß im Winter sich Hunderte von Leuten vor den Geschäften anstellen müssen, um ein paar Pfund Kohlen zu erlangen. Es ist, als ob die Regierung aus allen Erfahrungen in der Kriegswirtschaft nichts gelernt hat und achtlos vorübergeht an allen Erscheinungen, die zur sicheren Unzufriedenheit in unserer Bevölkerung Anlaß geben und nur den bestehenden Schichten das Auskommen und Ausbalancieren ermöglichen.

Wir halten es für erforderlich, daß neben der Rationierung schon jetzt für die Wintermonate die Erparnismaßnahmen im Heimmaterial und der Verbrauch zu beschleunigen geregelt werden. Als solche Maßnahmen denken wir uns, daß überall, wo es möglich ist, die durchgehende Arbeitszeit eingeführt und ein frühzeitiger Schluss der Betriebe angeordnet wird. Außerdem für die offenen Verkaufsstellen ein frühzeitiger Geschäftsschluss angeordnet ist, muß die weitere Vereinfachung der Geschäftstätigkeit angeordnet werden. Vor allem hat der frühzeitige Geschäftsschluss in den Restaurants, Bureaus und Erzeugnisse zu erfolgen. In allen diesen Fällen muß darauf hingewirkt werden, die Tagesarbeit auszunutzen und die Arbeitszeit möglichst zusammenzudrängen, um Erparnis zu erzielen.

Vor allem halten wir aber unergötzlich die Inangriffnahme der Rationierung für dringend erforderlich, und die Beseitigung des ständischen Zustandes, daß einige Personen sich auf Kosten der Allgemeinheit mit Vorräten versehen. Wir stellen deshalb nochmals das dringende Ersuchen, im Interesse der mildernden Bevölkerung die Maßnahmen zu ergreifen, die einen Ausgleich des Kohlen-

verbrauchs und eine gesicherte Versorgung garantieren. Wir sehen jede Verantwortung ab für die Zustände, die sich im Winter einstellen müssen, wenn durch die Rationierung der Verbrauch ein Zustand in der Kohlenversorgung eintritt, dem die Geduld der Bevölkerung nicht mehr standhalten kann.

Der Kampf um den Frieden.

Der neue Reichstagsler, Dr. Wiegand, hat in seiner ersten Rede, die er als Kanzler des Deutschen Reiches am 19. Juli im Reichstag hielt, zur Kriegsziele- und Friedensfrage ungefähr so gesprochen, wie wir das von ihm erwartet haben. Er hat die Friedensformel der aus Sozialdemokraten, Fortschrittlichen, dem Zentrum, einer Anzahl Deutschparteilichen und einigen anderen Abgeordneten bestehenden Reichstagsmehrheit angenommen und sich für einen Frieden der Verständigung und gegen die Fortsetzung des Krieges zur Erringung gewalttätiger Eroberungen und Entschädigungen erklärt. Was den Reichstagsbericht hat er zu diesem Punkte gesagt:

„Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. (Sehr richtig!) Deutschland hat ihn auch nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewalttätig zu vergrößern. Und darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, doch um gewalttätige Eroberungen zu machen. (Sehr richtig!) Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter lassen diese Kriegsprüfung als eine Last unheimlicher Lasten und Opferfreudigkeit unseres Volkes und unserer Seele in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. (Beifall.) Meine Herren! Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. (Sehr richtig!) Die Hand, die einmal ehelich und friedensrechtig ausgebreitet wurde, kann nicht wieder aufgeworfen werden. (Sehr richtig!) Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeit festgelegt werden. (Beifall.) Wir müssen im Wege der Verständigung (Wohl! links und in der Mitte) und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reichs auf dem Kontinent und über See garantiert erhalten. Der Frieden muß die Grundlage für eine dauernde Verjüngung der Völker bilden. (Beifall.) Der Friede muß die weitere Verjüngung der Völker durch die wirtschaftliche Hebung vorantreiben. Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenlauf unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Zerbruch gegen uns ausweitert. Diese Ziele lassen sich im Rahmen einer Verständigung, wie ich sie aufstelle, erreichen. (Beifall links und in der Mitte.) Wenn die Bedenke ihre Verantwortungsgewisse aufgegeben haben und ihre Verantwortungsgewisse, dann sind das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit dieser Erklärung einverstanden sind (Gut, wohl! links und in der Mitte, beifall), darin einig, daß wir den Gegner, der die Fäuste ausstreckt, einigen, was er uns zu sagen hat. Dann wollen wir ehelich und friedensrechtig in die Verhandlungen eintreten. (Beifall.) Meine Herren! Bis dahin müssen wir ruhig, geduldig und mutig ausdauern.“

Nach der Rede des Reichstagslers brachte die Reichstagsmehrheit ihrerseits in der letzten Nummer des „Grundstein“ folgende Entschärfung ein. Wir wollen sie als

Bauwunder.

Von Hans Wagner, München.

„Bauwunder“ nennt sich das erste Kapitel aus dem neuesten Buch „1000 Wunder“ von Arthur Fürst und Alexander Moszkowski, das im Verlag von Albert Langen in München erschienen ist. Für die Leute vom Bau ist dieser Abschnitt des Buches besonders anregend. Wird doch unser Blick auf „Wunder“ gelenkt, die im Laufe der Jahrtausende von Menschenhänden in zahlloser Zahl und unter ungläubigen Mühen errichtet wurden. Die Verfasser greifen zurück zu den sieben Weltwundern des klassischen Altertums. Nicht die steinernen Weisheit und Erkenntnis der Philosophen oder die eiserne Härte der Denker, noch die Willkür von unsterblicher Schönheit, hervorgerufen aus dem Meißel eines Phidias, gälten als Wunder. Nur was außerordentlich kostbar und durch Ueberwindung besonderer Schwierigkeiten geschaffen war, konnte den Anspruch auf ein Wunder erheben. So ist manches der Phidias, wie die großen Bildhauer aller Zeiten, gewiß künstlerisch wertvoller als der „Jesus von Olympia“, aber bei letzterem wurde die größte Menge kostbarer Stoffe verwendet. So reichte der Tempel der Diana zu Ephesus künstlerisch bei weitem nicht an die Atropolis zu Athen heran; aber der letztere war weit größer und besaß mehr Schmuckfiguren; deshalb wurde er zu den Wundern gezählt.

Als erstes Wunder gälten die ägyptischen Pyramiden. Es wurden deren mehr als 80 errichtet, die heute noch unerschüttert dastehen. Sie erstrecken sich an der westlichen Seite des Nils in einer Länge von 30 km. Ihre Höhe schwankt zwischen 10 und 150 m. Zu ihrem Aufbau benutzte man teils sorgfältig bearbeitete Steine, teils auch Ziegel, die aus Schlamm hergestellt wurden. Ihre Erbauung fällt etwa in das sechste Jahrtausend vor Christi. Im Innern wurden höfliche Stätten, die als Grabstätten der Pharaonen benutzt wurden. Die Bauwerke sind so gestellt,

daß die Ränge der vier Grundlinien den Himmelsrichtungen entsprechen. Die Cheops-Pyramide bei Gizeh ist deren größte. Die Grundflächen der Quadrate haben 233 m Seitenlänge; die Höhe beträgt 147 m. Die Spitze ist im Laufe der Jahrtausende verschunden und auf der Plattform können heute kaum 100 Menschen Platz finden. Zweieinhalb Millionen Kubikmeter Steinblöcke wurden zur Errichtung dieser Pyramide verwendet. Der Geographische Herodot erzählte, daß 30 Jahre lang 100 000 Arbeiter an dieser Pyramide tätig waren, allerdings im Jahr nur drei Monate. Dies ergäbe insgesamt 240 Millionen Arbeitstage.

Das zweite Weltwunder waren die schwebenden oder hängenden Gärten der Semiramis, der sagenhaftesten Frau von Babylon. Es hat sich um Babylonische Breite gesprochen, in der sich 100 erzene Tore befinden sollten. Auf und an diesen Mauern waren bezaubernd hängende Gärten angelegt. Heute besteht davon allerdings nichts mehr als Ruinen, die in den letzten Jahrzehnten von deutschen Forschern zum Teil ausgegraben worden sind.

Der Tempel der Diana zu Ephesus war das dritte Weltwunder. Das Haus war 60 m breit und 130 m lang. Es wurde aus weißem, leuchtendem Marmor erbaut. 126 prächtig geschnittenen ionische Säulen umgaben die Mauern; an der Vorderseite waren 19 m hohe Säulen in drei Reihen angebracht. Gerodot, um seinen Namen auf die Mächtigkeits in Rom, Demosthenes richtete ihn in noch prächtvollerer Schönheit wieder auf Kaiser Nero gerichtet. Heute noch befinden sich ansehnliche Trümmer des Bauwerkes auf der Tempelstätte, die von einer untergeordneten Anzahl gezeugt.

Das vierte klassische Wunder war der „Jesus von Olympia“. Die Kolossalstatue wurde durch Bildhauer aus kleinen, römischen Mägen, wie das Giebelstirn eines großen Volkes auslief. Das Bauwerk selbst ist bis auf den letzten Rest verschunden. Und es ist leicht begreiflich, daß nichts mehr besteht, wurde das Bildwerk doch aus Gold

und Eisen errichtet. Phidias hatte den Gott auf einem 4 m hohen Thron sitzend dargestellt; sein Haupt reichte fast bis an die Decke des 18 m hohen Tempels.

Das Grabmal des Königs Mausolos war das fünfte Wunder der Welt. Es bestand aus einem hohen, vierseitigen Unterbau, der sich von 30 Säulen umgebenes Grabmal trug. Darauf erhob sich eine Pyramide mit 24 Stufen. 44 m hoch war das ganze Bauwerk, das von den berühmten Skulpturen und Karyatiden umgeben war. Das Grabmal des Königs Mausolos war das sechste Wunder der Welt. Es bestand aus einem hohen, vierseitigen Unterbau, der sich von 30 Säulen umgebenes Grabmal trug. Darauf erhob sich eine Pyramide mit 24 Stufen. 44 m hoch war das ganze Bauwerk, das von den berühmten Skulpturen und Karyatiden umgeben war.

Das Grabmal des Königs Mausolos war das sechste Wunder der Welt. Es bestand aus einem hohen, vierseitigen Unterbau, der sich von 30 Säulen umgebenes Grabmal trug. Darauf erhob sich eine Pyramide mit 24 Stufen. 44 m hoch war das ganze Bauwerk, das von den berühmten Skulpturen und Karyatiden umgeben war.

Das Grabmal des Königs Mausolos war das sechste Wunder der Welt. Es bestand aus einem hohen, vierseitigen Unterbau, der sich von 30 Säulen umgebenes Grabmal trug. Darauf erhob sich eine Pyramide mit 24 Stufen. 44 m hoch war das ganze Bauwerk, das von den berühmten Skulpturen und Karyatiden umgeben war.

aufferordentlich wichtiges Dokument hier im Wortlaut wiedergeben. Sie lautet:

„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Ehrenrede: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unverletzlichkeit seines territorialen Besitztums hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstreckt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Befriedung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind ergründete Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Berechtigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Überwindung und Verfeinerung der Räder nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß hergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsgarantien inaktuell fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sich Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergrößerung befleißigen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerlässlich ausbauen und kämpfen. Bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.

Der Reichstag weist sich in dieser Bekundung ein mit den Männern, die in beharrlichem Kampfe das Vaterland schützen. Der untergeordnete Dank des ganzen Volkes ist ihnen fides.“

Für diese Friedensentscheidung stimmten von 347 anwesenden Abgeordneten 214, dagegen 119. 17 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Die nicht abstimmenden Reden erklärten sich aber mit den Friedensbestrebungen in der Resolution ausdrücklich einverstanden, und die 20 „unabhängigen“ Sozialisten, die gemeinsam mit den altdeutschen Eroberungspolitikern gegen die Entschädigung gestimmt haben, sind selbstverständlich auch für den Frieden.

Nach dieser Erklärung des Reichstages und nach der Abstimmung des Reichstages kann es für niemand mehr einen Zweifel darüber geben, daß sowohl das deutsche Volk wie die deutsche Regierung zu einem sofortigen Frieden der Verständigung bereit ist. Wenn der Krieg noch länger fortgesetzt werden muß, so deshalb, weil die Gegner Deutschlands keinen Verständigungsfrieden, sondern einen Eroberungsfrieden, die Wiedereroberung und Verschärfung Deutschlands wollen. Deutschland kämpft dann heute wie am ersten Tage einer Verteidigungskampfs; es kämpft auch dort, wo es, wie jetzt in Rußland, zum Angriff übergeht, mit den Waffen in der Hand für einen raschen und dauernden Frieden.

„Baugewerkschaft“ und Verständigungsfrieden.

Ein Kollege macht in einer längeren Einleitung darauf aufmerksam, daß sich die „Baugewerkschaft“, das Blatt des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, in ihrer Nr. 28 gegen einen Verständigungsfrieden ausgesprochen habe. Das Blatt schließt sich in einem Artikel mit den Anforderungen an Frieden und möchte sich in diesem Zusammenhang gegen die sozialdemokratische Friedensformel: Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen. Es führte aus, die Gegner Deutschlands würden auf einen solchen Frieden nur eingehen, wenn die deutschen Waffen einschließen und die Gegner die Stoffwirtschaft ihrer Wirtschaft erkennen hätten. Dann aber, so heißt es in der „Baugewerkschaft“, werde für uns die sozialdemokratische Friedensformel nicht nur wertlos, nein, sie werde für uns hemmend und schädigend sein.

Aus diesen letzten Satz zieht unser Einleger den Schluß, die „Baugewerkschaft“ wüßte, daß wenn die Gegner Deutschlands bereit seien, ohne Annexionen und ohne Kriegszuschuldung Frieden zu schließen, Deutschland auf Eroberungen und Entschädigungen Anspruch erheben müßte. Er tritt sehr scharf, daß ein christliches Gewerkschaftsblatt einen solchen unchristlichen Standpunkt einnehme, und fügt das darauf hinzu, daß der Artikelverfasser veranschaulicht 1000 Meilen hinter der Front ihre und gute Verbindungen in der künftigen Heimat habe. Angesichts eines solchen Verhältnisses des christlichen Gewerkschaftsblattes sei es Pflicht unserer Kollegen, den Mitgliedern des christlichen Bauarbeiterverbandes, die fortgesetzt mit uns über die bestmögliche Verständigungsfrieden an der Front und über die unerzögliche Not im Hinterland und hängen protestieren, die eroderungs- und entschädigungslose baugewerkschaftliche Politik unter die Nase zu halten und sie zu fragen, was sie davon halten. Es sei ferner, die „Baugewerkschaft“ werde bei 90 Bl. ihrer Zeitschrift auf Wehruhr stehen. Auch sei es notwendig, die Inorganisierten bei der Agitation auf das fröhlichstzulange Bekommen des christlichen Gewerkschaftsblattes aufmerksam zu machen. Man könne sicher sein, daß sich dann alle Inorganisierten für den Deutschen Bauarbeiterverband und nicht für den christlichen Verband einschließen würden.

Die Haltung der „Baugewerkschaft“ zur Friedensfrage ist in der Zeit unverständlich. Wenn sie den Krieg nicht nur so lange fortgesetzt wissen will, bis die Gegner Deutschlands nicht nur eingesehen haben, daß sie Deutschland und seine Verbündeten nicht niederkämpfen und geschlachten können, und bis sie aus dieser Einsicht heraus zum Frieden bereit sind, sondern bis sie sich auch mit deutschen Eroberungen zufriedener geben, dann wird sie vermutlich den Krieg länger führen müssen, als diesen das deutsche Volk und auch die Mitgliedschaft des christlichen Bauarbeiterverbandes ertragen kann. Auch die „Baugewerkschaft“ sollte angesichts unserer doch vielfach nicht sehr ermutigenden Er-

nährungsfrage und angesichts der unerhörten Opfer, die bis zur Erreichung eines sogenannten „deutschen Friedens“ auf den Schicksalsfeldern und diesem noch gebracht werden müßten, froh sein, wenn wir möglichst bald einen Frieden auf der Grundlage der sozialdemokratischen Friedensformel erreichen können. Nachdem diese Formel im wesentlichen von der großen Mitgliedschaft übernommen und auch von der Regierung akzeptiert worden ist, wird sich hoffentlich auch die „Baugewerkschaft“ dieser Formel nicht mehr entgegenstellen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband.

Der Bericht erstoft von 812 Zweigeinheiten 800 mit 80758 Mitgliedern, von denen 68 oder vom Hundert 0,8 arbeitslos waren, gegenüber 61 oder 0,6 vom Hundert am 31. März d. J. Vorher. Demnach vermehrte sich die Arbeitslosigkeit um eine Kleinigkeit. 11 Zweige hatten keine Arbeitslosen.

90 Arbeitslose oder vom Hundert der Mitglieder 0,4 entfielen der Arbeitslosigkeit, in der Vorwoche 21 oder vom Hundert der Mitglieder 0,3. Somit trat auch hier eine kleine Zunahme ein.

Verichtigung. Bei der Zusammenstellung vom 9. Juli ist im Bezirk Magdeburg die Zahl der Mitglieder nicht, wie angegeben, 7911, sondern 8911, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder 60 183 betrug. Die Gesamtzahl und der Prozentsatz der Arbeitslosen bleiben dabei unberührt.

Ergebnis der Feststellung vom 16. Juli.

Table with 7 columns: Bezirk, Zahl der Zweigeinheiten, Zahl der Mitglieder, Zahl der Arbeitslosen, Prozent der Arbeitslosen, Zahl der Bauarbeiter, Zahl der Nichtbauarbeiter. Rows include Königsberg, Bromberg, Glogau, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Kassel, Dresden, Nürnberg, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg, and a total row.

Unfere Arbeitsvermittlung im Juni.

Dem Kaiserlich Statistischen Amt sind 68 Nachweise und die Zentralstelle angefohlen. Der Nachweis Gehing hat nicht berichtet.

Lebericht über die erfolgte Vermittlungstätigkeit.

Table with 2 columns: Im Monat Juni, Vermittelt. Rows show numbers for various categories.

Von den 6984 angeforderten Arbeitskräften konnten 1531 vermittelt werden; das sind 21,92 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung betraf sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: 68 wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 26,75, Bauhilfsarbeiter 46,66, Betonarbeiter 17,13, Stukkatoren und Putzer 37,5, Plattenleger 46,66, Zofolierer und Steinhölzler 75, Erdarbeiter 34,41, sonstige Arbeiter 2,66.

Josef Schrotz f.

Am 12. Juli wurde der langjährige Vorsitzende des Zweigvereins Saarbrücken, Josef Schrotz, auf dem Ehrenfriedhof der Stadt Merzig zu Grabe getragen. Er wurde ihm mitteltägliche Ehren geleistet. Vor etwa einem Jahre kam die Mitteilung, Josef Schrotz sei aus dem Schlingensack in Rußland nach einem Lagerort und von dort in die Provinzial-Heilanstalt Dönnitz in der Provinz Posen gebracht worden. Schon damals wurde vom Arzt sein Zustand als unheilbar bezeichnet. Auf Verlangen seiner Familie wurde Schrotz später nach der Heilanstalt Herzog übergeführt, wo ihn nun der Tod von seinem Leiden befreit hat.

Schrotz war am 1. April 1873 in Studernheim (Rheinpfalz) geboren. Er hat jedoch nur ein Alter von 44 Jahren erreicht. Am 1. März 1906 übernahm Schrotz die Leitung des Zweigvereins Saarbrücken. Der Aufbau der Organisation im Saargebiet war ein mühseliges Werk. Kaufmännische Schwierigkeiten waren zu überwinden. Der Geist Stammesgenossen ludete alle freien Regungen der Arbeiterkraft im Saargebiet niederzulassen. Die weltlichen und geistlichen Fürsten unterließen die Gefährdung in ihren Betreibungen. Die Veranlassungslafte wurden den Arbeitern rüchsig abgetrieben. Organisierte Arbeiter wurden brutal auf Pfahle gesetzt. Die Bauunternehmer waren zwar nur Steingewerbetreibende, die selber um ihre Existenz jähren ringen mußten, aber sie ähnten die Prä-

zisionen der Stammesgenossen rüchsiglos nach und suchten die Organisationsvertreter von den Baustellen und von den Bauarbeitern fernzuhalten. Da stand Schrotz seinen Mann. Von Ort zu Ort, von Bau zu Bau mußte er die Führung mit den Kollegen herzustellen und sie allmählich für die Organisation zu gewinnen. Doch jedes Jahr strömten neue Hunderte von Bauarbeitern in das Saargebiet, und jedes Jahr mußte die Organisationsarbeit von neuem beginnen. Unbedarfen und unerzöglich sich Schrotz immer wieder der Arbeit, und die Hunderte, in manchen Jahren auch Tausende von Neuzugewandten genossen von dem Erfolg. Seine feste auch im Saargebiet ein fester Stamm von Mitgliedern zur Seite, die allen Stürmen trugen und die uns die Gewähr bieten, daß die Arbeit Schrotz nicht umsonst geleistet wurde.

Schon in jungen Jahren hatte Schrotz erkannt, daß die Arbeiterkraft auf ihrer Befreiung auch auf politischem Gebiet kämpfen muß. Er schloß sich frühzeitig der sozialdemokratischen Partei an und war schon vor seiner Berufung nach Saarbrücken Mitglied des Gemeinderates in seiner Heimat. Auch in Saarbrücken wirkte Schrotz in der politischen Arbeiterbewegung mit und genoss auch dem Vertrauen, indem er zum Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins Saarbrücken gewählt wurde. Im Gewerkschaftsrat und im Vorstand der Ortszentrale war Schrotz ebenfalls tätig. So hat mit ihm ein arbeitserfülltes Leben seinen Abschluß gefunden. Wir haben alle Veranlassung, den Angehörigen an Josef Schrotz zu halten und in seinem Sinne weiterzuwirken.

Zur Nachahmung für die daheim!

Ein Kollege schreibt aus dem Felde an den Vorstand des Zweigvereins Berlin:

Herrn, den 23. Juni 1917. Herr Kollege! Ich habe die Gelegenheit, für unsere Zweigvereins Berlin einige Nachweise zu machen, so möchte ich diese Gelegenheit nicht unbenutzt lassen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Du mir fünf Aufnahmeformulare senden würdest, dazu die Bedingungen und was die Kollegen für Vorteile haben, wenn sie jetzt beitreten. Willst auch bei ihnen die Mitgliedschaft als Vorteil sein, wie bei uns alten Mitgliedern. Bitte um genaue Auskunft und den Preis des Eintritts. Mit kollegialen Gruß.

Obermatrose Karl L. . . .

Der Schreiber dieses Briefes scheint der Meinung zu sein, auch den im Felde beizutretenden Kollegen würde die Mitgliedschaft als Mitgliedschaft angedeutet. Das ist nicht der Fall. Die Mitgliedschaft kann nur den Kollegen als Mitgliedschaft angedeutet werden, die schon vor ihrem Eintritt ins Heer Mitglieder des Verbandes waren und Rechte an diesen erworben hatten. Es könnte ja sonst der Fall eintreten, daß Kollegen bei ihrer Rückkehr aus dem Felde voll unterstützungsberechtiget wären, ohne je einen Pfennig an den Verband gezahlt zu haben. Niemand könnte jedoch, ob sie sich nicht etwa nur deshalb im Felde in den Verband hätten aufnehmen lassen, weil sie ja während der Kriegsdauer doch keine Beiträge zu zahlen brauchen, aber bei ihrer Rückkehr trotzdem die Unterstützungen des Verbandes bekommen. Niemand möchte auch, ob sie nach Empfang dieser Unterstützungen noch Mitglieder blieben. Der Brief des Kollegen L. ist eine Mahnung an die Inorganisierten, rechtzeitig dem Verband beizutreten. Er ist aber auch eine Mahnung an unsere organisierten Kollegen; denn er zeigt, daß man mit einem guten Willen für den Verband bei jeder Gelegenheit Mitglieder werden kann.

Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsnachweis unseres Zweigvereins Bonn an Rhein ruft Maurer, Fuher, Zementarbeiter, Einschichter, Gips- und Erdbarbeiter in großer Zahl für die Kriegsbauten in Troisdorf bei Bonn. Die Arbeit ist in großer Menge. Wer sich melden möchte, sich auf unserm Zweigvereinsbureau in Bonn, Sandkaule Nr. 18, (Telephon 280) melden. Der Arbeitschein ist mitzubringen. Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann aus bestimmten Gründen nur schriftlich erteilt werden.

Spanner und Flecter sucht die Firma Friedrich August Beckers, Berlin-Blumenberg, Brandenburgische Straße 58. Schriftliche Meldung wird erbeten. Für Kriegsbauten in Sachsen-Altenburg werden vom Maurermeister Heinrich Kujat, Grabow in Medienburg, sofort 100 Maurer und 60 Hilfsarbeiter gesucht. Wegen der Lohn- und Arbeitsbedingungen solle man sich an die obige Adresse wenden. - Maurer und Gipsarbeiter für Erweiterungsbauten der Firma Christoph & Imhart in Riesa (S.-L.) sucht das Baugewerk L. Bruner, Gölitz, Fabrikstraße 5. Meldungen beim Boten auf der Baustelle.

Der Bauarbeitsmarkt in Opreußen.

Mit uns der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Königsberg berichtet, ist im Wiederaufbaugesicht auch im Monat Juni die Nachfrage nach Bauhandwerkern weiter gestiegen, während das Angebot noch geringer als im Vormonat war. Die Aufträge auf Vermittlung von Bauarbeitern liefen im weitest mit erledigt werden, während die Arbeitsmarktfrage für die Beschaffung von Zimmergelesen günstiger blieb. Auch für alle anderen Berufe des Bauhandwerkes war das Angebot unzureichend. Das gleiche gilt für die Bauhilfsarbeiter. Im Monat Juni haben die Arbeitsnachweise für das Bau- und Holzgewerbe bei 698 angeforderten offenen Stellen 644 Befehle erteilt. Bei den andern öffentlichen Arbeitsnachweisen der Provinz wurden 698 Bauhandwerker und Hilfsarbeiter angefordert und 167 vermittelt.

Arbeitszeitverfugung in Chemnitz.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ für das Baugewerbe berichtet: „Zur Wehrgang der Anstimmigkeiten in Chemnitzer Baugewerbe hat der Schlichtungsbeirat Chemnitz eine Schlichtungsstelle nachfolgender Schiedsrichter ernannt. Die Arbeitszeit im Chemnitzer Baugewerbe wird auf täglich neun Stunden herabgesetzt, ohne daß für diese Arbeitszeitverfugung ein Lohnausgleich eintritt. Dem Schiedsgericht haben sich die Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmer unter-

